



Amt der Oberbürgermeisterin
Historisches Rathaus
50667 Köln
Postfach 10 35 64
50475 Köln

Köln, den 09.05.2023

„Flüchtlingsgipfel Bund und Länder“ am 10. Mai 2023: Nein zum Vorstoß der Bundesregierung

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

am Mittwoch, den 10. Mai 2023 findet der „Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern“ statt. Schon jetzt wird darüber heftig diskutiert. Klar ist bereits heute, dass die Ampel-Koalition die angespannte finanzielle Situation und den Druck der Kommunen nutzt, um auf einen Vorschlag zurückzukommen, der den Anstrich der Seehoferschen Transitzone hat und ein verheerendes Signal ist. So erklärt Innenministerin Faeser am 30. April 2023 im "Bericht aus Berlin" die Einigung der Ampel-Koalition auf die gemeinsame Position, das Asylsystem in der EU neu ordnen zu wollen. Im Kern geht es dabei um die Verlagerung der Asylverfahren an die EU-Außengrenzen.¹ Im Klartext bedeutet dies, dass das individuelle Recht auf Asyl weiter ausgehöhlt wird. Schon jetzt werden menschenrechtliche Standards an den EU-Außengrenzen missachtet. Ob an der polnisch-belarussischen Grenze², in der Ägäis, in Ceuta und Melilla oder vor italienischen und anderen europäischen Gerichten: Die Praxis von illegalen Pushbacks, Kriminalisierung, (tödlicher) Gewalt, Inhaftierung und anderen Schikanen und Einschüchterungen ist nicht zuletzt dank der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, die dieses menschenrechtswidrige Verhalten dokumentieren und öffentlich machen, bekannt.³

Der Vorstoß der Ampel-Koalition nimmt diese Praxis nicht nur in Kauf, sondern fördert sie und setzt Menschenrechte weiter außer Kraft. Frau Reker, lassen Sie sich nicht von der Bundesregierung vor den Karren spannen! Die angespannte Situation in den Kommunen darf kein Vorwand sein, ein solches Vorhaben auf den Weg zu bringen. Sie rechtfertigt nicht die menschenrechtswidrige Behandlung. Ein solches Vorgehen ist beschämend und hat mit den Wertevorstellungen von Menschenrechten, mit denen sich die EU trotz aller gegenteiligen Beweise immer noch schmückt, nichts zu tun.

Als Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, die seit 2019 „Sicherer Hafen“ und Mitglied im Bündnis „Städte Sichere Häfen“ ist, appellieren wir an Sie, sich im Rahmen des Bündnisses und gemeinsam mit anderen Städten und Gemeinden diesem Vorhaben entschieden entgegenzustellen und deutlich zu machen, dass der Vorschlag der Bundesregierung nicht die

¹ „Bericht aus Berlin“ vom 30.04.2023: [https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bund-laender-gefluechtete-101.html](https://www.ardmediathek.de/video/bericht-aus-berlin/bericht-aus-berlin/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RILmRIL2JlcmlijaHQgYXVzIGJlcmxpci8yMDIzLTA0LTmWxZE4LTawLU1FU1o, Tagesschau: „Wer will was in der Flüchtlingspolitik?“: <a href=).

² Dem Ratsbeschluss der Stadt Köln vom 14. Dezember 2021 „grünes Licht für die Aufnahme“ zu signalisieren, ist bisher keine Handlung gefolgt.

³ Siehe dazu Balkan Brücke, SOS-Balkanroute, Borderline Europe, Mare Liberum, Pro Asyl etc.

Antwort auf Ihre Frage nach Unterstützung bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von geflüchteten Menschen ist.

Köln ist seit 2019 „Sicherer Hafen“. „Sicherer Hafen“ zu sein, ist aber nicht nur ein Titel für ein progressives Image. Es bedeutet, Verantwortung zu übernehmen, immer wieder für eine andere, menschenrechtsbasierte Flucht- und Migrationspolitik zu streiten und nicht müde zu werden, auch die Landes- und Bundesregierung in die Pflicht zu nehmen. Denn „Sichere Häfen“ übernehmen Verantwortung, sie fordern im Namen ihrer Bürger:innen die Entkriminalisierung von Seenotrettung und neue staatliche Rettungsmissionen. Sie nehmen Geflüchtete auf, signalisieren, dass sie mehr Menschen aufnehmen wollen, als der Königsteiner Schlüssel vorsieht, und fordern die Abschaffung dieses Schlüssels bei der Verteilung von geflüchteten Menschen. „Sichere Häfen“ sind „eine starke Gegenstimme zur Abschottungspolitik der Bundesregierung – laut, unbequem und medienwirksam“. ⁴

Damit dies nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt, müssen die „Sicheren Häfen“ ihre politischen Möglichkeiten nutzen, um tatsächlich einen Wandel in der Migrations- und Aufnahmepolitik zu erreichen. ⁵ Das Bündnis „Städte Sichere Häfen“ steht für die Forderung an die Bundesregierung, Aufnahme zu ermöglichen und geflüchteten Menschen ein rechtsstaatliches Asylverfahren zu eröffnen. Das Anliegen des Städtebündnisses war und ist es, mit einer Stimme gegen die menschenunwürdige Asylpolitik der EU und der Bundesregierung zu sprechen. ⁶

Frau Reker, der Vorstoß der Ampel-Koalition, bei der EU-Ratssitzung der Innenminister:innen am 08. Juni 2023 Grenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen an den EU-Außengrenzen zuzustimmen, widerspricht dem Anliegen des Städtebündnisses. Es liefert einen Vorwand, faire und rechtsstaatliche Verfahren auszusetzen. Da es dringend notwendig ist, Haltung zu zeigen und zu intervenieren, fordern wir Sie, als Oberbürgermeisterin der Stadt Köln und den Rat der Stadt auf, sich entschieden gegen das Vorhaben der Bundesregierung auszusprechen! Machen Sie der Bundesregierung und Innenministerin Faeser klar, dass die angespannte Situation in den Kommunen kein Freifahrtschein für die Aussetzung von Menschenrechten ist.

Wir fordern Sie auf:

- Vernetzen Sie sich mit den anderen „Sicheren Häfen“ des Städtebündnisses und wehren Sie sich lautstark und medienwirksam gegen den menschenverachtenden Vorschlag der Bundesregierung.
- Machen Sie deutlich, dass Sie sich als Kommunen nicht vor den Karren spannen lassen, um die Aussetzung menschenrechtlicher Standards und den Bruch des Koalitionsvertrages zu rechtfertigen. Machen Sie deutlich, dass dies nicht die Antwort auf die Schwierigkeiten und Herausforderungen der Kommunen ist.
- Fordern Sie vielmehr, dass endlich die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die zugesagten 2,75 Milliarden Euro an die Länder verteilt werden können. Auch wenn die Summe die Ausgaben der Kommunen nicht deckt, muss sichergestellt werden, dass das Geld endlich dort ankommt, wo es gebraucht wird und für den versprochenen Zweck eingesetzt werden kann.
- Werben Sie für den solidarischen Weg der „Sicheren Häfen“ und üben Sie gemeinsam Druck auf die Bundesregierung aus, kommunale Aufnahmeprogramme für geflüchtete Menschen zu ermöglichen und zu unterstützen.

Sehen Sie nicht weiter tatenlos zu, wie vor unseren Augen mitten in Europa Grenzzäune gegen schutzsuchende Menschen errichtet werden. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht!

⁴ Siehe folgende Ausführungen: <https://www.seebruecke.org/sichere-haefen>.

⁵ Den gesamten (An-)Forderungskatalog an einen „Sicheren Hafen“ finden Sie hier: <https://www.seebruecke.org/en/safe-harbours/demands>.

⁶ Siehe folgende Ausführungen: <https://www.seebruecke.org/sichere-haefen>.

Lassen Sie uns gemeinsam verhindern, dass diese völkerrechtswidrige Anpassung des europäischen Asylrechts so umgesetzt wird. Verhindern wir, dass der Schutzstatus von Menschen in der EU völlig ausgehöhlt wird!

Mit freundlichen Grüßen
Seebrücke Köln

Mitunterzeichner:innen:

AfghanistanNotSafe KölnBonn
AG Bleiben
Aktion Neue Nachbarn
AK Politik der Kölner Willkommensinitiativen
B/or/der St/or/ies
FAU Köln
Mosaik Köln Mülheim e.V.
SeaEye Köln
Seebrücke Drensteinfurt
Seebrücke Düsseldorf
SSK-Salierring
Start with a Friend e.V. - Köln

Alexander Braun (Privatperson)
Martina Goldschmidt (Privatperson)
Christina Grübler (Privatperson)
Ernst Michael Kaiser (Privatperson)
Nicole Neubacher (Privatperson)
Jutta Manecke (Privatperson)

Ihr wollt/Sie wollen den Brief mitunterzeichnen? Dann schickt uns/schicken Sie uns einfach eine Mail an koeln@seebruecke.org